

72-3.07.1996

## „Nicht halben Landkreis unter Wasser setzen“

Hessen und Rheinland-Pfalz streiten um Hochwasserschutz / Protest gegen künstliche Überflutung / Viele warten noch auf Entschädigung

Korrespondentenbericht von  
ANDREAS KRISTIONAT

WIESBADEN/MAINZ - Die Entscheidung Hessens, nun endgültig auf die Einrichtung großflächiger Überschwemmungsgebiete (Polder) am Rhein zu verzichten, hat dem Land eine Flut von Protesten eingebracht. Die rheinland-pfälzische Umweltministerin Klaudia Martini (SPD) warf ihrer hessischen Amtskollegin Margarethe Nimsch (Grüne) gestern vor, sich damit aus der Solidargemeinschaft der von Hochwasser geplagten Rheinanliegerländer verabschiedet zu haben.

Der Naturschutzverband World

Wide Fund for Nature (WWF) sprach von einer „absoluten Fehlentscheidung“. Die Stadt Köln forderte die nordrhein-westfälische Umweltministerin Bärbel Höhn (Grüne) auf, sich bei Frau Nimsch für die Rücknahme dieser Entscheidung einzusetzen. Doch all die Proteste aus den Nachbarländern dürften wenig bringen: Die Pläne der rot-grünen Landesregierung, im südhessischen Ried bei Trebur (Kreis Groß-Gerau) Polder einzurichten, sind vom Tisch.

Nach jahrelanger Planung habe sich die Regierung darauf geeinigt, daß das in der Region umstrittene Großprojekt nicht gegen den Willen der Bevölkerung durchgesetzt wer-

den sollte, betonte das Wiesbadener Umweltministerium. Ausschlaggebend für die Entscheidung, die Polder-Pläne zu beerdigen, seien auch Kostengründe gewesen. Das vor allem für den Hochwasserschutz am Oberrhein vorgesehene Projekt hatte in Südhessen eine Welle von Einwänden der Anwohner ausgelöst. Die geplanten Rückhalteräume sollten aber auch flußabwärts gelegene Städte wie Wiesbaden, Köln oder Bonn vor Hochwasser schützen.

Dadurch wären im hessischen Ried aber auch weite Teile der Landschaft bei Hochwasser künstlich überflutet worden. „Hochwasserschutz ist zwar eine wichtige Aufga-

be“, sagte Hessens Wirtschaftsminister Lothar Klemm (SPD). Dafür dürfe aber nicht ein halber Landkreis „unter Wasser gesetzt werden“. Die rheinland-pfälzische Umweltministerin Martini beklagt, Hessen verhalte sich opportunistisch. Frankreich, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz bemühten sich, über die international vertraglich vereinbarten 226 Millionen Kubikmeter Rückhalteräume hinaus, Möglichkeiten zur Abmilderung der Hochwassergefahren zu finden. Hessen habe sich dagegen weder vertraglich zum Bau von Rückhalteräumen verpflichtet, noch wolle es nach jüngsten Bekun-

dungen freiwillig einen Beitrag leisten.

Den seit Jahren von Hochwasser geplagten Menschen am Rhein dürfe der Streit der Landesregierungen letztlich egal sein. Allein in den vergangenen Jahren hatten die sogenannten Jahrhunderthochwasser in den Städten zwischen Wiesbaden und Mainz, Koblenz und Bonn, Köln oder Düsseldorf bis hinauf in die Niederlande tausende von Quadratmetern Land oder Keller und Gebäude überflutet. Dabei entstanden Schäden in mehrstelliger Millionenhöhe. Einige der Hochwasseropfer warten noch heute auf Entschädigungen.

7 f